Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 28 (1948-1949)
Heft: 6

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

★ Politische Rundschau ★

Zur Lage

Der schwere Konflikt um Berlin

mußte die Mächte schließlich dazu führen, nach verschiedenen Anläufen den Weg der Verhandlungen wieder zu beschreiten, und es läßt sich feststellen, daß die amerikanische Politik den Faden nun doch aufgenommen hat, der im Mai von den Russen, freilich unter etwas seltsamen propagandistischen Umständen, hingelegt und von den Amerikanern eben dieser Umstände wegen damals nicht aufgenommen worden war. Aus dieser und anderen ähnlichen Erfahrungen mochte sich denn auch unschwer die neue Form erklären, die man für den Beginn der Verhandlungen wählte, also die von früher her bekannte Methode der geheimen Diplomatie. Auf die Dauer zwar kann es bei diesen Methoden kaum bleiben, — dafür sorgen schon die Bedürfnisse der amerikanischen Presse; und was die Sache selbst betrifft, so wird man nicht annehmen, daß das Bild der sich regelmäßig folgenden Konferenzen unverändert bleibe. Vielmehr wird mit allerhand Verzögerungen, Zwischenfällen, ja mit Abbrüchen zu rechnen sein, denn die Gegensätze sind groß, die Positionen reichlich festgefahren. Auch mögen die bevorstehenden Wahlen in den Vereinigten Staaten einige Schwierigkeiten mit sich bringen, weil sie großen, weittragenden Entschlüssen naturgemäß im Wege sind.

Inzwischen hat die allgemeine Lage im Bereiche der beiden großen Machtpositionen ihre vorläufige Stabilität bewahrt, mag auch hier und dort eine Verschiebung oder eine neue Akzentuierung unter den tragenden Elementen eingetreten sein. So hat — um mit der russischen Sphäre zu beginnen — in dem mächtigen

Bereiche des Ostblocks

die Entwicklung bisher die großen Veränderungen nicht eintreten lassen, von denen bereits an vielen Orten die Rede war. So ist insbesondere eine Entscheidung im Falle der Position *Jugoslawiens* bis jetzt nicht gefallen, wenn auch die persönliche Stellung des Marschalls Tito infolge zunehmenden Druckes von allen früher befreundeten Seiten immer mehr gefährdet ist. Bereits sind auch Sanktionen gegen ihn eingeleitet. Irgendwie wäre die Möglichkeit einzusetzen, daß eine Bereinigung dieser Position überhaupt erst im Zusammenhang mit der Bereinigung der allgemeinen Lage eintreten würde, und daß dann auch die Entscheidung darüber fiele, wie es mit den künftigen Beziehungen Jugoslawiens zum Westen stehen soll. In diesem Punkte freilich überschneidet sich der Konflikt Tito/Kominform mit dem *Problem Triest* und damit werden die Verbindungen des jugoslawischen Problems mit der allgemeinen internationalen Lage vollends offensichtlich.

In der *Tschechoslowakei* ist die Lage noch keineswegs konsolidiert; hier spielt der bekannte Unabhängigkeitswille des Tschechen seine bestimmte Rolle. Und hier

wie auch im Falle Ungarns wollen die Absprünge nicht abreißen, und die Flucht ins Ausland nimmt manchmal recht groteske Formen an; jedenfalls macht sie sich alle denkbaren Möglichkeiten zunutze, wie man beim Abschluß der Olympiade in London beobachten konnte.

Der Rücktritt Tildys als Staatspräsident von *Ungarn* hat nur die Entwicklung bestätigt, die als zwangsläufig betrachtet werden muß. Immerhin scheint es in diesen beiden Positionen auch für die russische Indrucknahme gewisse Grenzen zu geben: so ist es jedenfalls Moskau bis heute nicht gelungen, den Pakt Ungarn/Tschechoslowakei zustande zu bringen, weil hier die historischen Differenzen, also in der Hauptsache der ewige Konflikt um die ungarischen und slowakischen Minderheiten, auch vor dem großen Machthaber im Osten ihre Unüberwindlichkeit nicht verloren haben.

Über die Entwicklung in *Rumänien* ist es wieder stiller geworden, nachdem man eine Zeit lang, insbesondere aus Kreisen der rumänischen Emigration in den Vereinigten Staaten, viel von einem bevorstehenden Anschluß an die Sowjetunion hören konnte. Aber auch das ist ein Problem, das vermutlich im weiteren Zusammenhang mit der großen Generalbereinigung gelöst werden wird, obzwar von vornherein eigentlich nicht einzusehen ist, was für die russische Politik durch den Anschluß dieses Landes noch zu gewinnen wäre, das sie ohnehin völlig in Händen hält.

Der Feldzug in *Griechenland* kann nunmehr als beendet angesehen werden, und vielleicht werden dann gelegentlich auch einmal die Massenhinrichtungen von Kommunisten in diesem geplagten Lande aufhören, die so richtig in Schwung gekommen sind, seitdem die Amerikaner die Macht dort aus britischen Händen übernommen haben. Ziemlich schwierig ist es im Zusammenhang mit der Liquidation der griechischen Partisanenbewegung jedenfalls um die Zukunft *Albaniens* bestellt, das nunmehr diese Partisanen samt ihrem Anhang bei sich aufnehmen muß, — zu einem Zeitpunkt, da es im Gefolge des Konfliktes mit Jugoslawien in die ernstesten wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten gekommen ist und zu guter Letzt vor der Möglichkeit innerer Unruhen steht.

Wohl ebenfalls im Zusammenhang mit den Problemen der allgemeinen Lage steht die neueste Phase der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und *Finnland*. Seitdem dort die alte Koalition im Gefolge der Wahlen zusammengebrochen ist und die Volksdemokraten sich selbst, wohl nicht ohne Absicht, aus den Regierungsgeschäften und damit aus der Verantwortung hinausmanöveriert haben, steht das Land unter verstärktem russischen Druck.

Durchaus im Bereiche der großen Ausstrahlung des Ostblocks stand die

Donaukonferenz in Belgrad,

die vor kurzem in der denkbar unangenehmsten Weise zu Ende gegangen ist. Es gehörte durchaus in den Rahmen der russischen Taktik, hier einmal brutal mit der gefügigen Mehrheit aufzutrumpfen, die ihr zu Gebote stand. Vielleicht wollte sie damit ein Gegenstück zu den Bildern demonstrieren, die sich jeweils üblicherweise bei den Verhandlungen im Rahmen der Vereinigten Nationen ergeben, wo Rußland meistens gegen eine Mehrheit zu unterliegen pflegt. Der Unterschied lag einmal darin, daß dem unterliegenden Teil, also in diesem Falle den Westmächten, ein Veto nicht zur Verfügung stand, so daß sie sich damit begnügen mußten, dem eindeutig negativen Ergebnis der Verhandlungen das Placet in Form ihrer Unterschrift zu

versagen. Der weitere Unterschied lag dann freilich durchaus in dem Ton, der an dieser Donaukonferenz angeschlagen wurde, und der sicher seinesgleichen suchen kann. So hatte Wyschinski, der die Konferenz leitete und völlig in der Hand hielt, es offensichtlich darauf abgesehen, die Vertreter der Westmächte und Österreichs zu demütigen, wo er nur konnte. Um den Westmächten zu sagen, daß sie an der Konferenz überflüssig wären, gebrauchte er die Wendung, man brauche in Belgrad «nur die Türen weit zu öffnen», und den britischen Vertreter fragte er, ob er «nach 72 Stunden genügend Kraft gesammelt habe, um auf ein Votum antworten zu können»; endlich bewährte er sich durchaus als gelehriger Interpret Molotows, der einmal an einer Sitzung des Sicherheitsrates, als die Rede auf die Donaukonvention kam, mit dem Satz intervenierte: «Lassen Sie uns vom Suezkanal und vom Panamakanal sprechen».

Genau wie im Bereiche des Ostblocks, so sind auch die

Entwicklungen im Rahmen des Westblocks

nicht derart, daß irgendwie von endgültigen Entscheidungen gesprochen werden könnte. Daran dürfte selbst die demonstrative Aufnahme des Gedankens der *«Europäischen Versammlung»* durch die französische Regierung nicht viel ändern, weil England sich unter dem Einfluß der Labourregierung nach wie vor einer ausgesprochenen Zurückhaltung in diesem Punkte befleißigt, — besser: eine deutliche Abneigung bekundet. Wohl unter diesem Einfluß ist auch in den Benelux-Ländern keine große Begeisterung für den Gedanken festzustellen, und so wird die Idee vorläufig wohl auf dem Papier bleiben. Freilich wäre es möglich, daß sie unter den Auswirkungen des Marshall-Planes in der Folge einmal doch praktisch aktiviert würde — also von der wirtschaftlichen Seite her —, weil ja die Funktion dieses Planes ohne ein gewisses Minimum an europäischer Zusammenarbeit schlechthin undenkbar erscheint. Allein gerade hier zeigen sich wiederum verschiedene Hemmungen besonderer Art, über die man sich klar werden konnte bei Betrachtung der Verhandlungen des «Europäischen Wirtschaftsrates», der wesentlich für die Koordinierung verantwortlich ist. Man wird hier von Seiten der Vereinigten Staaten noch allerlei Druck einsetzen müssen, und allem Anschein nach ist man dazu in Washington auch durchaus entschlossen. Eine andere Frage ist aber, ob man, im Sinne eines Korrelates, dann bereit ist, gewisse europäische Empfindlichkeiten zu schonen — eine Frage, die sich ohne weiteres stellen muß, wenn man die etwas seltsamen amerikanischen Ideen würdigen will, welche, in denkbar unpsychologischer Art und Weise vorgebracht, die «Zusammenarbeit» mit der britischen und der französischen Industrie zum Gegenstand haben. Jedenfalls hat man in England ziemlich unfreundlich auf diesen Plan reagiert, und in Frankreich nicht weniger, — obwohl der rein sachliche Gesichtspunkt gewiß in beiden Fällen einen Schuß amerikanischer Methoden und amerikanischen Tempos durchaus rechtfertigen würde.

So zeigen sich in Europa, und in besonderer Beziehung auf dem Kontinent, nach wie vor ernstliche Hemmungen, die im Grunde nicht nur jenen amerikanischen Methoden gelten, sondern darüber hinaus gegen gewisse Zeichnungslinien der amerikanischen Politik selbst gerichtet sind. Wenn einmal die Geschichte der Verhandlungen mit der Sowjetunion geschrieben wird, dann mag man vielleicht erkennen, daß die Widerstände, welche der amerikanischen Politik begegneten, seitens der europäischen Westmächte fast ebenso stark waren wie die russischen. Bereits heute

ist die Tendenz insbesondere der französischen Politik, aber auch der Politik der Benelux-Länder darauf gerichtet, die Vehemenz der amerikanischen Stoßkraft zu bremsen. Die Gründe hiefür sind leicht erkennbar. Soweit die französische Politik in Frage steht, handelt es sich nach wie vor um das Problem der

Garantien substanzieller Natur,

ohne die Frankreich es auf einen Konflikt auf dem Kontinent weder ankommen lassen will noch kann. Es läßt sich hier das historische Sicherheitsbedürfnis erkennen, das bereits die Politik nach dem ersten Weltkrieg wesentlich bestimmte, und das heute, trotz der Schwäche Frankreichs, infolge der besonderen Umstände fast ebenso stark ins Gewicht fällt. Dabei richtet sich dieses Sicherheitsbedürfnis, das übrigens — im Gegensatz zur Lage nach dem ersten Weltkrieg — diesmal auch von Holland und Belgien ebensosehr empfunden wird, nicht allein gegen Rußland, bzw. gegen die Gefahr eines kontinentalen militärischen Vorstoßes der Sowjets, sondern ebenso sehr gegen eine Wiedererstarkung Deutschlands, wie sie aus verschiedenen — nicht allein wirtschaftlich, sondern auch machtpolitisch — naheliegenden Interessen von der amerikanischen Politik anscheinend stark gefördert wird. Es sind also nicht die schwebenden Verhandlungen mit Rußland allein, welche das Problem der Neuorganisation und überhaupt des politischen und wirtschaftlichen

Wiederaufbaus Westdeutschlands

nicht mehr vom Fleck kommen lassen. Vielmehr sind hier die Widerstände der an sich zwar schwachen Westgruppe des Kontinents unschwer zu erkennen, während England sich in diesem Punkt, aus verschiedenen Erwägungen, zurückhält. Die amerikanische Politik wird dadurch fraglos zu einer gewissen Mäßigung veranlaßt, weil die Perspektive einer neuen deutschen Gefahr vor allem von dem französischen Volke, wenn immer möglich, fern zu halten ist. Denn nähme diese Perspektive in den Augen Frankreichs, und wäre es auch objektiv zu Unrecht, Gestalt an, so könnte, bei dem starken kommunistischen Stamm, der vorerst vorhanden ist,

eine recht gefährliche Entwicklung

eintreten, durch welche der Infiltration der Kominform in Westeuropa eines Tages verschiedene Wege plötzlich weit offen ständen, die heute noch mit Mühe versperrt sind. Und leicht könnten dann die Auswirkungen durch Frankreich hindurch bis nach Italien gehen. Es ergibt sich aus all' diesen Umständen, daß die amerikanische Politik, ungeachtet des großen Aktivums, das ihr mit der Marshall-Hilfe zur Verfügung steht, zu einer gewissen vorsichtigen Führung verhalten ist.

Inzwischen geht die *französische Innenpolitik* weiter ihre seltsamen Wege. Entgegen den Erwartungen der Optimisten hatte Paul Reynaud mit sehr erheblichen Schwierigkeiten zu rechnen und nun ist sein Experiment vorläufig gescheitert. Damit erhält die Bewegung de Gaulles neue Chancen, was kaum im Interesse einer demokratischen Entwicklung liegt. Zudem verspricht die vom Parlament nunmehr beschlossene Verschiebung der Departementswahlen nichts Gutes, denn sie gibt de Gaulle sehr gefährliche Agitationselemente in die Hand. Auch fragt man sich mancherorts, ob der Besuch Feldmarschall Montgomerys in Paris erfolgreich ver-

laufen sei, und man konnte in der Presse Stimmen lesen, die sich in diesem Zusammenhang darüber wunderten, daß bei den großen britisch-amerikanischen Luftmanövern dieser Tage gar keine französischen Elemente beteiligt sind. Aber vielleicht erklärt sich das weniger aus rein militärischen Gesichtspunkten, als vielmehr aus der allgemeinen politischen Linie Frankreichs.

Wohl zur Verstärkung der westlichen Position im allgemeinen gehen die Bemühungen in der Stille weiter, *Spanien* allmählich zu einem aktiven Glied der westlichen Koalition zu machen. Es sind jedenfalls verschiedene Anzeichen vorhanden, die in dieser Richtung weisen, und die spanische Propaganda zeigt sich in letzter Zeit besonders aktiv, um die übrigen Europäer von der Bedeutung zu unterrichten, welche in gewissen Kreisen des amerikanischen Kongresses dem spanischen Einsatz zugemessen wird.

Zu den Verhältnissen in Berlin und im Hinblick auf die Zukunft dieser Stadt hat sich jüngst eine bemerkenswerte russische Stimme in einer besonderen Art geäußert. Nach einem längeren Exkurs über die Berliner Währungsfrage und die Möglichkeiten ihrer Lösung, welche, nach der Meinung der *«Täglichen Rundschau»*, Organ der russischen Militärverwaltung in Deutschland, durch den Berliner Magistrat sabotiert werde, schloß das Blatt folgendermaßen: «Die Ziele der großen Politik können nicht durch einen Sturm im Wasserglas beeinflußt werden, aber die Leute im Wasserglas werden darunter leiden».

Jann v. Sprecher

Brief aus Washington

Die letzten beiden Monate waren zwar politisch sehr unruhig, haben aber die allgemeinen Aussichten tatsächlich nicht wesentlich geändert. Ein Ausblick in die Zukunft läßt einen großen Sieg der republikanischen Partei im kommenden November und eine

neue Administration vom 20. Januar 1949 an

erkennen. Daß der Kampf um die republikanische Präsidentschaftskandidatur erbittert war, daß ferner die Inflation die amerikanische Wirtschaft ernstlich bedroht, und schließlich, daß es Präsident Truman gelungen ist, seinen Gegnern in einer besonderen Session des Kongresses den Prozeß zu machen, — nichts von all dem wird wahrscheinlich die allgemeine Tendenz der öffentlichen Meinung, die vorwiegend zugunsten einer Änderung ist, beeinflussen. Bestimmt werden die immer noch aktuelle Kandidatur von Henry Wallace und das etwas unerwartete Erscheinen einer rebellischen demokratischen, besser «Dixiekratischen» Partei in den Südstaaten nichts dazu beitragen, die Wahrscheinlichkeit der Wahlniederlage des Präsidenten Truman zu verringern. Auch ist es höchst wahrscheinlich, daß der Kongreß weiterhin von den Republikanern beherrscht wird, obschon die neueste Entwicklung Deweys Partei vielleicht daran hindern wird, überwältigende Mehrheiten in beiden Häusern der gesetzgebenden Behörde zu erlangen. Der Charakter, die Philosophie und die politische Linie, die Gouverneur Dewey sehr wahrscheinlich einhalten wird, werden deshalb eine Angelegenheit von überragender Bedeutung, nicht nur für das Volk der Vereinigten Staaten, sondern für die ganze Welt sein.

Ihr Korrespondent war dabei, als Dewey am 24. Juni in Philadelphia als Kandidat aufgestellt wurde, und hatte in den darauffolgenden Tagen die ungewöhnliche Gelegenheit, den republikanischen Kandidaten bei der Arbeit, beim Spiel und auf

seinem Landsitz im Staate New York zu sehen und zu beobachten. Später gab es für ihn eine weitere Gelegenheit, mit Behördemitgliedern aus der nächsten Umgebung des Gouverneurs zusammenzusein und zu plaudern. Man darf annehmen, daß nächstes Jahr viele von diesen Männern nach Washington übersiedeln werden.

Thomas Edmund Dewey

ist 46 Jahre alt. Wenn er gewählt wird, wird er einer der jüngsten Präsidenten der Vereinigten Staaten sein. Er ist ganz wenig unter mittlerer Größe, wohlgestaltet, hat dunkles Haar und knabenhafte Gesichtszüge, die sich auch durch seinen berühmten Schnurrbart nicht männlicher machen lassen. Er ist verheiratet und hat zwei männliche Nachkommen. Er ist Mitglied der Episkopalkirche. Es ist Dewey nicht gelungen, seine Persönlichkeit dem Publikum einzuprägen. Verhältnismäßig wenige Menschen, selbst unter seinen treuesten Anhängern, sind von einer persönlichen Zuneigung zu diesem Manne erfüllt. Vielen gilt Dewey als reservierter, genauer, methodischer und kühl-berechnender Mensch, bei dem man jene persönlichen Qualitäten vollständig vermißt, die Millionen mit Liebe und Verehrung zu Franklin D. Roosevelt aufblicken ließen und die sogar Menschen vom Schlage Harry Trumans als menschliche Persönlichkeiten liebenswert machen, auch wenn man ihn selbst als Präsidenten ablehnt. Bis vor kurzem waren Deweys Beziehungen zur Presse sowohl für ihn selber als auch für die Mitglieder des «vierten Standes» unbefriedigend. Seine Verteidiger müssen ihn deshalb auf Grund seiner Leistungen, nicht seiner persönlichen Anziehungskraft unterstützen. Wann Tom Dewey im Laufe seines Lebens den Entschluß faßte, Präsident zu werden, ist nicht bekannt, aber es muß schon lange her sein, als er noch ein ganz junger Mann war. Vielleicht fing es im Jahre 1935 an, als er zum Staatsanwalt in der City von New York ernannt wurde mit der Aufgabe, die ziemlich berüchtigte Unterwelt dieser Weltstadt abzuschaffen. Dewey war erfolgreich; er leistete viel für Recht und Ordnung in der City von New York. Seine Methoden wurden von einigen Leuten kritisiert, aber es kann nicht geleugnet werden, daß er ganze Arbeit leistete. Als Belohnung erlangte er eine gewisse nationale Berühmtheit, und im Jahre 1938 setzte er diese auf die Probe, indem er sich um den Gouverneursposten von New York bewarb. Er unterlag knapp. Zwei Jahre später machte er einen ersten Versuch, zur Präsidentschaft zu gelangen, aber die republikanische Nomination fiel auf Wendell Willkie. 1942 bewarb er sich erneut um den Posten des

Gouverneurs von New York,

und diesmal wurde er glatt gewählt. In der Folge wurde er im Jahre 1944 von seiner Partei zum Präsidentschaftskandidaten erhoben, unterlag aber gegen Roosevelt. 1946 wurde er mit überwältigendem Mehr als Gouverneur von New York wiedergewählt, und in diesem Jahr ist die Wahl der republikanischen Partei für das höchste Amt des Landes erneut auf ihn gefallen.

Deweys Sieg an der Parteiversammlung in Philadelphia im Juni war ein nicht mißzuverstehender Triumph der vorwärtsschauenden Elemente seiner Partei. Denn sowohl in inneren Angelegenheiten als auch in internationalen Fragen hat er sich fortschrittlicher gezeigt als die meisten führenden Republikaner. Das soll nicht heißen, daß er wirklich fortschrittlich ist (obwohl er auf diese Bezeichnung Anspruch erheben mag); er steht politisch ganz sicher beträchtlich mehr rechts als Präsident Roosevelt und, wenn man auf Grund seiner Äußerungen in der Öffentlichkeit urteilen soll, auch rechts von Präsident Truman. Dewey vertritt die Ansicht, dem privaten Unternehmertum müsse ein Maximum an Freiheit gewährt werden, und wenn Einschränkungen unvermeidlich erscheinen, will er sie lieber durch die Lokalbehörden als durch die Landesregierung auferlegen lassen. Er ist vorsichtig zurückhaltend und

mißtrauisch gegenüber zu weitreichender Regierungsmacht,

wieviel Gutes sie auch mit sich bringen mag. In Übereinstimmung damit vertraut er ganz auf das, was er für eine gesunde Finanzpolitik hält: er mißbilligt hohe Staatsausgaben. Bis zu welchem Ausmaß er einen Sinn für das Menschliche hat, der seine Ansichten mildern könnte, kann erst bestimmt werden, wenn er als Präsident nationalen Krisen begegnen muß. Das ist etwas, das manche Leute beunruhigt; andere wieder geben vor zu glauben, daß Dewey den Strömungen der öffentlichen Meinung gegenüber nicht unempfindlich sei, und die Auffassungen, die er persönlich bevorzugt, dem Verlangen des Volkes opfern werde, wenn er einmal überzeugt sei, daß dies das politisch klügste sei. In internationalen Fragen steht Dewey hinter der Außenpolitik beider Parteien, bei deren Aufbau er selber mitgeholfen hat. Sein Berater in außenpolitischen Belangen, John Foster Dulles, ist Ratgeber und Vertrauter der gegenwärtigen Regierung und stellt die Verbindung her zwischen dem republikanischen Kandidaten und jenen, die jetzt in Washington die Zügel in den Händen haben. Aber Herr Dewey gewährt der Außenpolitik der Vereinigten Staaten nicht seine uneingeschränkte Zustimmung. Man hat Gründe, anzunehmen, daß er an der Weisheit der amerikanischen Politik in Griechenland und China zweifelt. Auch ist er äußerst kritisch eingestellt gegenüber der Art, wie Präsident Truman die Lage in Palästina zu gestalten trachtet. Man darf als sicher annehmen, daß er die Führung der Außenpolitik als strittigen Punkt im kommenden Wahlfeldzug behandeln wird, und man kann erwarten, daß er versuchen wird, Gründe anzuführen, um zu zeigen, weshalb seine

Leitung der amerikanischen Außenpolitik sinnvoller

und erfolgreicher wäre.

Menschliche Reife oder erlebte Niederlagen, oder möglicherweise bevorstehende schwere Verantwortung mögen Dewey milder und versöhnlicher gestimmt haben. Zwar fehlt ihm immer noch das, was man am besten als echte, spontane, menschliche Wärme bezeichnen kann, oder dann mangelt ihm wenigstens die Fähigkeit, sie spürbar zu machen. Aber er kann gelegentlich menschlich aufgeschlossen sein, und das ist, so seltsam diese Feststellung auch tönen mag, für einige von uns, die ihn bis anhin als eine unsympathische, wenn auch äußerst leistungsfähige menschliche Maschine betrachtet haben, sehr beruhigend. Man kann nicht bestreiten, daß Dewey tüchtig ist. Er beherrscht die Regierungsmaschinerie und er ist ein ausgezeichneter Verwaltungsmann. Eine seiner hervorragendsten Eigenschaften ist die Fähigkeit, sich die Dienste von erstklassigen Leuten für die verschiedenen Verwaltungsabteilungen zu sichern. Daß diese Leute ihren Vorgesetzten beinahe vergöttern, obgleich sie auch seine persönlichen Mängel und Schwächen nicht leugnen, ist vielleicht doch kein geringes Plus für ihn. Als Präsident darf von Dewey erwartet werden, daß er in die Staatsführung

einen hohen Grad von technischem Können

bringen wird. Vielleicht weit mehr als irgendein Präsident der modernen Zeit wird er in die Hauptstadt einziehen mit einem Stab von gutausgebildeten Hilfskräften, die imstande sind, den ins ungeheure angewachsenen Regierungsapparat der Vereinigten Staaten richtig zu besetzen und ihn zielbewußt und erfolgreich funktionieren zu lassen. Das ist von nicht geringer Bedeutung, wenn man bedenkt, daß ungeschickte Tastversuche in Washington in einer Zeit fast ununterbrochener internationaler Spannungen ernste Folgen und Erschütterungen mit sich bringen könnten.

Im Lichte dieser Betrachtungen wären viele Leute froh, sie könnten etwas mehr Begeisterung empfinden beim Gedanken an die Wahrscheinlichkeit des Ein-

zugs von Herrn Dewey ins Weiße Haus. Aber es bestehen noch viele Zweifel über ihn; es herrscht das Gefühl, daß zu viel Ehrgeiz in ihm ist und nicht genügend Grundsatz, daß er zu sehr den öffentlichen Gefühlsschwankungen folgt und nicht genügend starker und weiser Führer ist, und daß, trotz aller ihm zugeschriebenen Fortschrittlichkeit, er nichts weiter ist als ein dürftig verkleideter Befürworter jener Gesellschaftsphilosophie, die in vergangener Zeit die Vereinigten Staaten ins Wirtschaftschaos führte. Schließlich befürchtet man, daß Dewey mit oder ohne Willen der Gefangene der republikanischen Partei sein werde, — einer Partei, die zuerst noch Millionen Stimmberechtigter davon überzeugen muß, daß sie etwas aus den Lehren der Vergangenheit gelernt hat und sich von der Macht der Vorrechte, der sie so lange treu ergeben gewesen ist, losgerissen hat. Es ist äußerst schwierig, vorauszusagen, was ein Mann tun wird, wenn er die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten übernommen hat. Gewiß dachten 1932 nur wenige, daß Franklin D. Roosevelt sich zu einem der größten Männer in der Geschichte der Vereinigten Staaten entwickeln würde. Vielleicht wird Thomas Dewey, wenn die Reihe an ihn kommt, über die begrenzten Erwartungen vieler Amerikaner hinauswachsen.

Richard J. Davis

Londoner Brief

Das russische Problem in allen seinen Verzweigungen und besonders die Lage in Deutschland und Berlin sind eine Quelle dauernder und ernster Sorge. Es hätte nicht einmal der Schießerei am Potsdamer-Platz bedurft, um jedem Beobachter zu zeigen, wie feuergefährlich die Situation ist. Von einem

«feuergefährlichen Kondominium»

sprach man vor mehr als achtzig Jahren, als Preußen und Österreich nach dem Sieg über Dänemark gemeinschaftlich die Herzogtümer Holstein und Schleswig besetzten. Es scheint ein Fluch auf solchen Besetzungen nach einem siegreichen Koalitionskrieg zu liegen, wenn jeder der bisherigen Alliierten wieder seinen eigenen Weg geht und die Notwendigkeit, den Krieg zu liquidieren, sie noch zusammenhält. Auch damals folgte Zwischenfall auf Zwischenfall, und die meisten wurden von Bismarck mit der geheimen Absicht inszeniert, es zum Kriege zu treiben. «Fortzusetzende Beschwerden in Wien über die österreichische Verwaltung in Holstein und Offenhaltung solcher griefs gegen Österreich, die unter Umständen schärferer Entwicklung fähig sind», liest man in einer Akten-Notiz Bismarcks aus dem Jahre 1865. Manchmal sieht es fast so aus, als ob Herr Molotow ein Blatt aus dem Heft des preußischen Staatsmannes gestohlen hätte. Nur daß man guten Grund hat, anzunehmen, daß er nicht den Wunsch hat, es zum Krieg zu treiben, der doch auch für Rußland unvergleichlich größere Gefahren mit sich bringen würde. Die jetzigen langen und exakten Auseinandersetzungen auf dem Kreml dürften ihn zwingen, sich darüber, was die russische Politik nun wirklich will, einmal mit einiger Klarheit auszusprechen und darauf zu verzichten, diese Ziele durch Agitationsreden zum Fenster hinaus zu vernebeln. Überhaupt kann man nicht umhin, festzustellen, daß die Rückkehr zu den alten Methoden der so verrufenen Geheimdiplomatie doch auch ihre Vorzüge hat. Selbst die grundsätzlichen Anhänger von Wilsons «open covenants openly arrived at» empfinden es als eine Erleichterung, wenn die Zeitungen nicht alltäglich unter fetten Überschriften von scharfen Zusammenstößen oder drohenden

Verwicklungen berichten, sondern mit einiger Verwunderung feststellen, daß alle beteiligten Amtsstellen das vereinbarte Geheimnis mit der gleichen Pünktlichkeit bewahren. Ob bei den Moskauer Besprechungen etwas Brauchbares herauskommen wird, kann niemand voraussagen; aber man fühlt doch, daß die Chancen bei diesem Verfahren größer sind, als wenn die nationalen und parteipolitischen Leidenschaften Gelegenheit hätten, sich dauernd in die Gespräche der Diplomaten hineinzumischen.

Von dem Palästina-Problem, das in den letzten Jahren so viele Mißstimmung gegen England hervorgerufen hat, soll nur gesagt werden, daß es eine unerlaubte Vereinfachung war, wenn man seine Schwierigkeiten mit Vorliebe der englischen Politik zur Last legte, weil diese viel tiefer reichende Wurzeln haben. Das englische Interesse konzentriert sich im Augenblick mehr auf die Vorgänge im Empire selbst, wie die blutigen Unruhen in Malaya und die Politik der

neuen Regierung in Südafrika.

Daß diese Regierung in der nächsten Zeit etwas unternehmen werde, was den Zusammenhang des Empire ernstlich bedroht, ist unwahrscheinlich; Dr. Malan und seine Freunde dürften inzwischen herausgefunden haben, wieviel Nutzen Südafrika in mancher Richtung aus seiner Verbindung mit Großbritannien zieht. Aber ihre Gesinnung tritt ziemlich klar in der jüngst angekündigten Entscheidung zutage, die Begünstigungen, welche die Regierung Smuts für die Einwanderung aus Großbritannien versprochen hatte, wieder aufzuheben. In der Begründung, welche der Minister, Dr. Dönges, dafür gab, tritt der ganze *enge Geist des Nationalismus* zu Tage, der die überlieferte Lebensform am liebsten vor jeder Beeinflussung von außen her schützen möchte. Näher liegen vielleicht noch einfache wahlpolitische Erwägungen; denn die regierende Partei kann schwerlich darauf rechnen, daß die neuen Einwanderer ihre Reihen stärken. Umso mehr dürfte der Strom der Auswanderung in Zukunft nach

Australien

fließen. Dort sind derartige antibritische Tendenzen nicht zu befürchten. Die Parteikämpfe drehen sich dort um dieselben wirtschaftlichen Grundprobleme, die auch die meisten europäischen Staaten beschäftigen. Die sozialistische Regierung hat soeben eine schwere Niederlage erlitten, diesmal aber nicht an den Wahlurnen, sondern im Gerichtssaal. Der oberste Gerichtshof Australiens hat das Gesetz, durch welches die Regierung alle Banken des Kontinents verstaatlichen wollte, für verfassungswidrig und ungültig erklärt. Das Urteil leitet sich aus dem bundesstaatlichen Charakter des australischen Commonwealth ab. Das Gesetz greift nach der Auffassung der Majorität der Richter mit mehreren seiner grundlegenden Bestimmungen in das Gebiet über, das der Gesetzgebung der Einzelstaaten vorbehalten ist. Der größte Teil der öffentlichen Meinung Australiens hat das Urteil begrüßt; die

Unpopularität der Politik der Verstaatlichung

der Banken ist bei den jüngsten einzelstaatlichen Wahlen deutlich zu Tage getreten. Trotzdem will sich der Premierminister Chiefley nicht mit diesem Ergebnis abfinden, sondern hat Berufung eingelegt. Sie geht an das Privy Council in London, das sonst bei der australischen Labour-Partei durchaus nicht beliebt ist. Da dieses Verfahren ziemlich schleppend ist, kann man mit der endgültigen Entscheidung kaum vor den nächsten allgemeinen australischen Wahlen im Jahre 1949 rechnen, so daß diese voraussichtlich unter dem Zeichen der Bankenfrage stehen werden. Das kann für die Labour-Partei nicht günstig sein. Wenn Mr. Chiefley trotzdem die Sache nicht zur Ruhe kommen lassen will, so kann man das nur aus einer Art von Fanatismus für seine sozialistischen Pläne erklären.

Wie wenig tatsächlich mit der Sozialisierung allein getan ist, hat der erste

Jahresbericht des englischen Coal Board

gezeigt. Er schließt mit einem Verlust von über 23 Millionen Pfund ab, trotz Erhöhung der Kohlenpreise. Wenn es auch gewiß voreilig wäre, aus dem Ergebnis eines einzigen Jahres zu schließen, daß die Verstaatlichung verfehlt war, so werden doch auch die hartnäckigsten Sozialisten nicht behaupten können, daß es *für* ihre Theorien spricht. Wohl aber weist der Bericht auf das grundlegende Dilemma hin, vor dem jede sozialistische Verwaltung notgedrungen stehen muß; ob sie in erster Linie zum Nutzen der in der Industrie beschäftigten Arbeiter und Angestellten, oder zum Wohle der Gesamtheit geführt werden soll, m. a. W. ob sie die Löhne erhöhen und die Arbeitszeit verkürzen darf, selbst wenn dadurch der Preis der Kohle in die Höhe getrieben wird. Im ersten Quartal des Berichtsjahres beliefen sich die Produktionskosten einer Tonne Kohle auf etwas über 37 Schilling, im letzten Quartal auf über 44 Schilling. Die Anhänger der Verstaatlichung hatten vorausgesagt, daß mit ihr ein neuer Geist in die Arbeiterschaft einkehren würde, welcher der staatlichen Verwaltung über diese Schwierigkeit hinweghelfen würde. Aber bis jetzt ist er noch nicht in Erscheinung getreten. Die Leistungen haben sich nicht wesentlich verbessert, und so sieht man nicht, wie einer weiteren Steigerung der Kohlenpreise Einhalt geboten werden kann. Das aber bedeutet selbstverständlich eine weitere Steigerung der Kosten der industriellen Produktion in einer Zeit, in der sie mit einer wachsenden internationalen Konkurrenz zu kämpfen hat. Es gibt doch sehr zu denken, daß ein so kapitalkräftiges und aktives Unternehmen wie Courtauld auf geplante Anlagen verzichtet, weil die Kosten ins Unerträgliche gestiegen sind.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Großbritanniens sind noch in keiner Weise behoben, wie jede Übersicht des Außenhandels zeigt. Sir Stafford Cripps, der immer wieder auf Erhöhung der Produktion drängt, glaubte dem Lande einen Dienst zu tun, als er eine

amerikanisch-britische Organisation für industrielle Belehrung

in Anregung brachte. Es machte keinen sehr erhebenden Eindruck, als er deswegen im Parlament angegriffen wurde, und zwar nicht nur von Rednern der Opposition, sondern auch von mehreren seiner eigenen Parteigenossen. Jedoch haben sich die Organisationen sowohl der Unternehmer wie der Arbeiter freundlicher dazu gestellt, und man sollte auch glauben, daß die britische Industrie noch allerlei von den amerikanischen Erfahrungen profitieren könnte, wenn man die Ergebnisse einer vergleichenden Untersuchung sieht, die Dr. Rostas für das «National Institute of Economic and Social Research» ausgeführt hat. Er hat für die Jahre 1935—1939 berechnet, daß die Leistung des amerikanischen Arbeiters für die Arbeitsstunde sich im Durchschnitt zu der des englischen wie 280: 100 verhält. In manchen Industrien ist die Verhältniszahl natürlich niedriger, in anderen höher. Dabei zeigen sich sehr überraschende Ergebnisse, wie z. B. bei der Fabrikation von Rundfunkapparaten, wo das Verhältnis 4: 1 ist. Was sind die Ursachen dieser auffälligen Unterschiede? Diese Frage zu studieren, haben die Beteiligten allen Anlaß.

Ignotus

Wiener Brief

Die politischen Spannungen, die infolge der Berliner Krise auf Europa lasten, haben ihr Echo auch in Österreich gefunden. Man vermeidet in Wien aber sorgfältig jeden Vergleich mit dem Schicksal der deutschen Hauptstadt, denn das könnte — so meint man in Regierungskreisen — nur nachteilige Folgen haben. Das ist gar nicht von der Hand zu weisen, denn bisher ist hier — wenn man von den üblichen russischen Nadelstichen absieht — alles ruhig geblieben. Aber jedermann weiß nur zu gut, daß Wien an die Reihe kommt, wenn einmal Berlin gefallen ist. Darüber können nicht einmal die alliierten Militärpatrouillen hinwegtäuschen, die immer noch einträchtig — als wenn sich seit 1945 nichts geändert hätte — durch die Stadt sausen.

Es war übrigens nicht nur die Berliner Krise (deren Rückwirkungen man auch in Wien befürchtete), welche die österreichische Regierung in Spannung hielt, sondern vor allem auch die

Belgrader Donaukonferenz,

zu der man Österreich ja nur als «Zaungast» zugelassen hatte. Diese Diskriminierung eines Staates, der doch durch Jahrhunderte der führende Donaustaat gewesen ist, wird den Belgrader Köchen allerdings den Brei verderben, denn der österreichische Delegierte, der nur als «Beobachter» teilnehmen durfte, wies gleich zu Anfang darauf hin, daß

> «die Bundesregierung es sich vorbehalten müsse, ihre Stellungnahme zu einem ohne ihre gleichberechtigte Teilnahme zustande gekommenen Abkommen erst zu einem späteren Zeitpunkt bekanntzugeben».

Das heißt so viel, daß auch weiterhin eine Schiffahrt nur auf der unteren Donau möglich sein wird. Man fragt sich also, wozu eigentlich ein derartiger Aufmarsch der Außenminister in Belgrad gut war — und findet gleichzeitig, daß Rußland es nur darauf abgesehen hatte, die Westmächte zu demütigen: die Ausschaltung der englischen Sprache als Vertragssprache und die Ablehnung aller angloamerikanischen Anträge beweist dies. Die Äußerungen Wischinskys waren übrigens stellenweise direkt beleidigend. So zum Beispiel, als er dem österreichischen Vertreter, Graf Orsini-Rosenberg, vorwarf, er sei ein «Graf» und solche Leute könnten ein Volk niemals gut vertreten. Aus dem erhofften Ausspringen Jugoslawiens wurde nichts: trotzdem die Oststaaten gegen Tito mit stillen Sanktionen beginnen, stimmte der jugoslawische Vertreter Alesch Bebler jedesmal mit den Ostdelegierten.

Diesen wenig günstigen außenpolitischen Aspekten steht glücklicherweise eine

günstige Wirtschaftsentwicklung

in Österreich gegenüber. Industrielle Produktion und Außenhandel weiten sich ständig aus und man kann sagen, daß die österreichische Wirtschaft durch die leichte Belebung der Umsätze sowie die relativ günstige Ernte auf bestem Wege ist, den katastrophalen Rückschlag der letzten Jahre aufzuholen. Das Institut für Konjunkturforschung konnte in seinem letzten Bericht feststellen, daß die schwarzen Nahrungsmittelpreise unverändert geblieben sind, während der Lebenskostenindex im letzten Monat weiter um 1 % gefallen ist. Der Wiederaufbau schreitet rasch vorwärts und die von den Kommunisten prophezeite Massenarbeitslosigkeit ist ausgeblieben. Es fragt sich nur, ob der gegenwärtige Stillstand in der Aufwärtsentwicklung der Preise und Löhne wird aufrecht erhalten werden können. Fast möchte man glauben, daß dies nicht der Fall sein wird, denn schon haben die Gewerkschaften der Steiermark

Lohnerhöhungen mit dem Hinweis verlangt, die Preise seien nicht herabgesetzt worden — wie dies versprochen wurde. Es bleibt abzuwarten, wie weit sich die durch den Tito-Konflikt innerlich geschwächte Kommunistische Partei dieser Forderungen zu demagogischer Ausbeute bemächtigen wird.

Aber abgesehen von diesen sozialwirtschaftlichen Auseinandersetzungen, die im Herbst wieder stärker in den Vordergrund treten werden, wird auch die Diskussion um die

Tätigkeit neuer politischer Gruppen

an Aktualität gewinnen. Neben den drei schon 1945 zugelassenen Parteien — also Volkspartei, Sozialisten und Kommunisten — sind jetzt eine Reihe weiterer Gruppen aufgetaucht. Die meisten von ihnen haben allerdings ihr Gesuch um Genehmigung durch den Alliierten Rat wieder zurückgezogen. Viel von sich reden machen die «Ergokraten (Freiwirtschaftler)», deren Gedanken jedoch von dem größten Teil der Bevölkerung gar nicht verstanden werden und die deshalb nie Erfolg haben können.

Der einzige ungewisse Faktor im innerpolitischen Leben Österreichs ist die

Haltung der ehemaligen Nazi,

die in diesem Frühjahr amnestiert wurden. Es gab im ganzen Staat immerhin eine halbe Million Parteimitglieder, also eine recht beachtliche Zahl. Diese sammeln sich heute um ein vor einem halben Jahr noch völlig unbedeutendes Grazer Wochenblatt, das einen gemäßigten Nationalismus vertritt. Wie man jetzt langsam sieht, beabsichtigen die führenden Köpfe dieser Gruppe — zu denen auch der frühere Vizekanzler Hartleb gehört — die Gründung einer neuen Partei, die sich auf die Traditionen des früheren Landbundes stützen soll. Sie erklären aber, daß sie heute nicht bei den Alliierten um ihre durch die Verfassung gewährleisteten Rechte «betteln» wollten und warten würden, bis diese abziehen. Kein Mensch kann heute schon voraussagen, wann dies der Fall sein wird — aber sicherlich sind die Chancen einer neuen Partei, die sich bis dahin im Hintergrund hält und dann unverbraucht die Arena betritt, recht gut. Es versteht sich, daß vor allem die Volkspartei in diesen Bestrebungen eine Gefahr sieht, während die Sozialisten sie insgeheim begrüßen. Man wird sich aber in Österreich damit abfinden müssen, daß noch eine vierte und fünfte Partei auftaucht — denn das gehört zur demokratischen Differenzierung und überdies auch zur politischen Tradition der Republik.

* * *

Militärische Umschau

« Die Neuorganisation der leichten Truppen ist am dringlichsten »

(Der Chef des Generalstabes in der Schrift «Unsere Landesverteidigung»)

In seiner *Botschaft* vom 2. Juli 1948 beantragt der *Bundesrat* den eidgenössischen Räten eine Abänderung der Truppenordnung 1947 mit dem Ziel, unsere leichten Truppen zu reorganisieren. Damit gelangen die Studien, Entwürfe und Versuche der letzten zehn Jahre in das Stadium konkreter Anträge an die Bundesversammlung. Die heutige Organisation weist folgende Nachteile auf: geringe Feuerkraft, Kombination verschiedener Transportmittel innerhalb der gleichen Einheiten und

Truppenkörper, Zersplitterung der leichten Truppen, ungenügende Panzerabwehrmittel, ungenügende Zuweisung von Spezialtruppen an die leichten Brigaden. Dazu kommt das Problem der Kavallerie, deren Existenzberechtigung umstritten ist. Wie will das Reorganisationsprojekt diese Probleme lösen?

Zum grundsätzlichen *Problem der Kavallerie* äußert sich die Botschaft des Bundesrates wie folgt:

> «Heute verfügen wir noch über kein Transportmittel, das so geländegängig und lautlos ist wie das Pferd und das zu jeder Jahreszeit in schwierigem Gelände eingesetzt werden kann. Auch bleibt das Pferd geraume Zeit, unabhängig vom Nachschub, verwendungsfähig. Selbstverständlich haben größere Reiterverbände in Zukunft keinen Platz mehr auf einem schweizerischen Kampffeld. Dagegen haben einige gut ausgerüstete, gut ausgebildete und mit dem Einsatz entsprechenden Pferden versehene Dragoner-Schwadronen auch in der nächsten Zukunft ihre Daseinsberechtigung. Man muß nur unserer Kavallerie diejenigen Aufgaben zuweisen, die sie wirklich noch erfüllen kann. Wir denken da vor allem an den Jagdkrieg, an die Durchführung von Handstreichen im geeigneten Gelände in Verbindung mit der Infanterie, sowie an Nahaufklärung zugunsten der Infanterie».

Die Daseinsberechtigung der Kavallerie wird hier stärker betont wie in der Schrift des *Generalstabschefs «Unsere Landesverteidigung»* (siehe Besprechung Augustheft, S. 322). Wenn der Bundesrat die Kavallerie mit einer Reduktion von 30 auf 24 Schwadronen beibehalten will, geschieht dies offenbar auch aus psychologischen, politischen und wirtschaftlichen Gründen. Er sieht vor, die verbleibenden 24 Schwadronen in acht Abteilungen zusammenzufassen und den Divisionen 1—8 je eine Dragonerabteilung zuzuteilen. Die Dragoner und mit ihnen das letzte Pferd scheiden somit aus den leichten Brigaden aus. In den Divisionen sind die Dragonerschwadronen für Unternehmungen auf kurze Entfernung sicher besser am Platz. Dagegen kann man sich fragen, ob für diese Aufgaben nicht zwei Schwadronen pro Division genügen würden? Bekanntlich weist die jetzige Aufklärungsabteilung auch zwei Schwadronen auf. Könnte nicht, neben der sofortigen Reduktion auf 24 Schwadronen, Hand in Hand mit der fortschreitenden Motorisierung unserer Landwirtschaft, eine weitergehende Reduktion in Aussicht genommen und die Zahl statt auf 24, beweglich auf 24 bis 16 oder noch weniger festgesetzt werden? Selbstverständlich würde die Motorisierung der Landwirtschaft erheblich gefördert, wenn der junge Dragoner einen Jeep zu gleich günstigen Bedingungen erwerben könnte wie heute ein Kavalleriepferd. Bei einem sukzessiven weiteren Abbau der Kavallerie würde auch die vom Bundesrat vorgesehene spätere Vermehrung der Motor-Dragoner von sieben auf zehn Bataillone ermöglicht.

Die *Panzerabwehr* erhält die längst benötigte Verstärkung durch die Bildung von Panzerjägerverbänden mit dem Panzerjäger G 13, einem 7,5 cm Geschütz von großer Anfangsgeschwindigkeit und Durchschlagskraft auf gepanzerter Selbstfahrlafette, das anläßlich der Verfassungsfeier in Bern im Festzug gezeigt wurde. Der Bundesrat will jeder leichten Brigade eine Kompagnie und jedem Armeekorps eine Abteilung Panzerjäger zuteilen, wobei die Abteilung drei Kampfkompagnien und eine Reparaturkompagnie umfassen soll. Die Bildung dieser Panzerjägerkp. erfolgt durch die bereits vollzogene Umschulung der bisherigen Panzerwagenkp. und die für nächstes Jahr vorgesehene Umschulung von bisherigen Mot.Pak.Kp.

In *organisatorischer Hinsicht* sieht die Botschaft die vermehrte Zusammenfassung von Einheiten in Bataillonen oder Abteilungen vor. Deren Zahl soll von 18 auf 30 und später auf 33 anwachsen, während die Zahl der selbständigen Einheiten außer Bataillonsverband entsprechend sinkt. Die Hälfte dieser 30 Bataillone bzw. Abt. wird in sechs Regimenter zusammengefaßt; von der anderen Hälfte sollen drei

Bataillone außer Regimentsverband den leichten Brigaden zugeteilt werden, drei Panzerjägerabteilungen den Armeekorps 1, 2 und 4 und acht Dragonerabteilungen den Divisionen 1—8; ein Bataillon ist als Armeetruppe für den Schutz des Armeekommandos bestimmt. Nach bewährtem Beispiel sind auch für die Truppenkörper der leichten Truppen Stabskp. vorgesehen, in der alle Spezialisten zusammengefaßt sind. An Stelle der heutigen Zersplitterung bringt der Entwurf eine stärkere *Zusammenfassung,* die sich vor allem zugunsten der Divisionen auswirkt, während den Grenzbrigaden und der Festung Sargans keine leichten Truppen mehr zugeteilt werden. In den drei Gebirgsbrigaden wird die Zahl der motorisierten leichten Einheiten von drei auf eine herabgesetzt. Dafür erhalten die Felddivisionen fünf leichte Einheiten statt bisher vier, die Gebirgsdivisionen fünf statt bisher zwei. Nur bei der 9. Division bleibt die Zahl von zwei motorisierten leichten Kp. unverändert.

Einheiten der leichten Truppen

	Organisation 1947	Entwurf 1948
Motor-Dragoner-Schwadronen	15	21
Motorradfahrer-Kp.	9	9
Motor-Grenadier-Kp.	3	—
Mot.Aufklärungs-Schwadronen	—	12
Mot.Mitr.Kp. (Schw.)	24	—
Mot.Pak.Kp.	25	9
Schwere Waffen-Kp.	1	19
Panzerwagen-Kp.	3	—
Panzerjäger-Kp.	—	12
Panzerjäger-Reparatur-Kp.	—	3
a) Motorisierte leichte Einheiten, total	80	85
b) Radfahrer-Kp.	33	27
c) Berittene Dragoner-Schwadronen	30	24
Total Einheiten der leichten Truppen	143	136

Stäbe und Stabseinheiten der leichten Truppen

	Organisation 1947		Entwurf 1948	
	Stäbe	Stabskp.	Stäbe	Stabskp.
Aufklärungsabteilungen	6	—	—	—
Dragonerabteilungen	—	—	8	—
Mot.Drag.Abt.	5	—	—	—
Mot.Gren.Bat./Mot.Drag.Bat.	1	1	7	7
Radfahrer-Bat.	6	—	9	9
Motorradfahrer-Bat.	—	—	3	3
Panzerjäger-Abteilungen	—	—	3	—
a) Total Abteilungen und Bataillone	18	1	30	19
Leichte Regimenter	6	—	—	—
Radfahrer-Regimenter	—	—	3	3
Mot.Dragoner-Regimenter	—	—	3	3
b) Total Regimenter	6	—	6	6
c) Leichte Brigaden	3	—	3	3
Total Stäbe	27	1	39	28

Die Aufteilung der leichten Truppen

		Berittene Schwadronen	Radfahrer-Kp.	Motorisierte Kp.	Total Einheiten
1. *Heereseinheiten*	a) 1947	12	6	22	40
(Div. u. Geb.Br.)	b) Entwurf	24	—	21	45
2. *Grenzbrigaden*	a) 1947	—	9	18	27
Nr. 1—9	b) Entwurf	—	—	—	—
3. *Armeetruppen*	a) 1947	—	—	4	4
(Mot.Gren.Bat. 11)	b) Entwurf	—	—	4	4
4. *Panzerjäger-Abt.*	a) 1947	—	—	—	—
der AK.	b) Entwurf	—	—	12	12
5. *Leichte Brigaden*	a) 1947	18	18	36	72
Nr. 1—3	b) Entwurf	—	27	48	75
Total Einheiten	a) 1947	30	33	80	143
	b) Entwurf	24	27	85	136

Hinsichtlich *Bewaffnung* fällt vor allem auf, daß die leichten Truppen in Zukunft auf das schwere Maschinengewehr wie auf die 24 mm Tankbüchse verzichten. Mit der Ausmerzung der Tankbüchse wird erstmals die Konsequenz aus der Tatsache gezogen, daß diese einst vorzügliche Waffe, infolge der raschen Entwicklung der Panzerstreitkräfte, ins Hintertreffen geraten ist. Dagegen wird die Zahl der Wurfausrüstungen für Panzerwurfgranaten erhöht und für die Panzerabwehr auf größere Entfernungen der Panzerjäger eingeführt. Nach Auffassung des Bundesrates ist das Maschinengewehr «für rasche Aktionen mit beschränktem Ziel und verhältnismäßig kurzen Einsatzentfernungen zu schwerfällig», weshalb die bisherigen Motor-Mitr.Kp. aufgelöst werden. Mit dem Verzicht auf das Maschinengewehr verlieren aber die leichten Truppen die einzige Waffe, die ein kontinuierliches Dauerfeuer abgeben kann. Ihre Ausmerzung bei den leichten Truppen erscheint nur dann gerechtfertigt, wenn nicht grundsätzlich darauf verzichtet wird, sondern die Maßnahme nur vorübergehender Natur ist, bis ein leichteres und schneller schießendes Einheits-Maschinengewehr zur Verfügung steht *). Abgesehen von Tankbüchsen werden die Einheiten der Dragoner, Motordragoner, Radfahrer und Motorradfahrer sowie die motorisierten Aufklärungsschwadronen der Divisionen ähnlich bewaffnet wie die Füsilierkp. Als Feuermittel des Bataillonskommandanten werden in einer motorisierten Schweren Waffenkompagnie zwei Züge Minenwerfer zu je vier Geschützen und zwei Pak-Züge zu je drei Geschützen zusammengefaßt. Damit erhält das leichte Bataillon die gleiche Anzahl Minenwerfer wie das Füs.Bat., während die Waffen der Panzerabwehr denen des Füs.Bat. qualitativ und quantitativ überlegen sind (6 Pak gegenüber 4 Ik). Daneben sollen die Stabskp. der Bataillone noch zwei Züge umfassen, deren Mannschaft für den Kampf mit Sprengstoffen, Minen und Flammenwerfern spezialisiert ist. Abgesehen von schweren Maschinengewehren und Flab-Kanonen verfügt dieses künftige leichte Bataillon somit über eine dem Füs.Bat. mehr oder weniger entsprechende Bewaffnung und Feuerkraft, unter besonderer Betonung der Nahkampfwaffen jeglicher Art.

Die schweren Waffen des Regiments (zu drei Bat.)

		Radfahrerregiment (Entwurf)	Infanterieregiment
Schwere Maschinengewehre	7,5 mm	—	36
Infanterie-Flabkanonen	20 mm	—	12

*) Vergl. Schrift «Unsere Landesverteidigung», S. 32.

			Radfahrerregiment (Entwurf)	Infanterieregiment
Infanterie-Kanonen	47	mm	—	12
Panzerabwehrkanonen	47	mm	18	—
Minenwerfer	81	mm	24	24

Hinsichtlich *Transportmittel* war die bisherige Organisation der leichten Truppen charakterisiert durch eine weitgehende Mischung von Pferd, Fahrrad und Motor innerhalb der Truppenkörper und selbst der Einheiten. So sind der heutigen Radfahrerkp. motorisierte Tankbüchsen angegliedert. Die Aufklärungsabt. umfaßt Dragoner und Radfahrer, das Radfahrerbat. Radfahrer und Motormitrailleure, das leichte Regiment und die leichte Brigade weisen Einheiten mit allen drei Transportmitteln auf. Heute sind nur die Motordragoner-Abt. und das Motor-Grenadier-Bat. artrein, nämlich vollmotorisiert. Im Gegensatz zu der Mischung der Transportmittel mit ihren großen Nachteilen bringt die Neuorganisation eine Ausscheidung nach Transportmitteln und eine stärkere Zusammenfassung gleichartiger Einheiten in artreinen Verbänden. Zu den bereits erwähnten Dragoner- und Panzerjägerabt. werden weiter Motorradfahrerabt., Motor-Dragoner-Bat. und Motor-Dragoner-Regimenter artrein gebildet. Nur im Radfahrer-Bat. ist auch in Zukunft die Mischung unvermeidlich, weil die schweren Waffen nicht mit dem Fahrrad transportiert werden können.

Die *leichte Brigade* soll sich in Zukunft wie folgt zusammensetzen:

1 Regiment Radfahrer zu 3 Bat., 1 Regiment Motor-Dragoner, vorläufig noch zu 2 Bat., 1 Bat. Motorradfahrer und 1 Kp. Panzerjäger.

An Spezialtruppen besitzt die leichte Brigade heute:

1 Kanonenabteilung zu 3 Bttr. 7,5 cm, 1 Sappeur-, 1 Funker- und 1 Motorfahrzeug-Reparatur-Kp., sowie ein Feldpostamt.

Die Neuorganisation sieht ferner vor:

1 Flab-Abt. zu 2 Bttr., 1 San.Kp., 1 Verpflegungsdet. und 1 Motortransportkolonne.

Die Zusammensetzung der Leichten Brigaden

Einheiten	Organisation 1947	Entwurf 1948
Berittene Schwadronen	6	—
Radfahrerkompagnien	6	9
Motorisierte Einheiten	10—13	16
Motorisierte Stabseinheiten	—	9
Leichte Truppen, total Einheiten	22—25	34
Artillerie, Kanonenbatterien	3	3
Stabsbatterie	1	1
Fliegerabwehr, Batterien	—	2
Genie, Sappeure	1	1
Funker	1	1
Sanität	—	1
Verpflegungstruppe	—	1
Motortransporttruppe, Trsp.Kol.	—	1
Motfz.-Rep.Kp.	1	1
Feldpostamt	1	1
Total Einheiten	30—33	47

Mit sechs Bat. entspricht die infanteristische Kampfkraft der leichten Brigade ungefähr derjenigen der 9. Div. oder einer Gebirgsbrigade, ohne Grenztruppen. Die vorgesehene Organisation gewährt ihr weitgehend die Mittel zur Erfüllung selbständiger Aufgaben. Auffallend ist die schwache Zuteilung an *Artillerie*. Die Heereseinheiten zählen normalerweise auf zwei Inf.Rgt. drei Art.Abt., oder im Mittel pro Inf.Bat. sechs Geschütze, während in der leichten Brigade auf sechs Bat. nur eine Abt. und auf ein Bat. nur zwei Geschütze entfallen. Weder die größere Beweglichkeit noch die Zuteilung einer Panzerjägerkp., deren zehn Geschütze eventuell auch artilleristisch verwendbar sind, können die artilleristische Schwäche der neuen leichten Brigade aufheben. Die Botschaft umschreibt ihre Aufgaben. Wenn sie auch mit weniger Artillerie auskommen sollte als die Infanterie, muß man sich doch fragen, ob z. B. der Einsatz «gegen einen Gegner, der unsere Front durchbrochen hat, sei es im Sinne eines überraschenden Gegenangriffs, sei es zur Abriegelung weiteren feindlichen Vorgehens» mit der vorgesehenen artilleristischen Dotation durchführbar ist.

Die Zuteilung von Artillerie

	Anzahl Bataillone	Anzahl Batterien inkl. Smw.-Bttr.	Anzahl Geschütze	Anzahl Geschütze pro Bat.
a) *Nach Armee-Einteilung 1948*				
3. Division	9	13	56	6,22
Geb.Brigade 12 (ohne Stamm-, Grenz- und Festungstruppen)	6	9	36	6
6. Division (inkl. Aufkl.-Abt.)	10	13	56	5,6
2. Armeekorps (ohne Stamm-, Grenz-, Reduit- u. Festungstrp.)	29	51	216	7,45
b) *Kombiniertes Inf.Rgt.*				
1 Inf.Rgt. + 1 Art.Abt.	3	3	12	4
c) Leichte Brigade nach Entwurf	6	3	12	2

In der Division bzw. Geb.Brigade ist die artilleristische Feuerkraft, berechnet auf der Basis der Zahl der Bataillone, dreimal größer als bei der leichten Brigade, siehe z. B.

Geb.Brigade 12 (ohne Grenztruppen): 6 Bataillone und 36 Geschütze,
Leichte Brigade: 6 Bataillone und 12 Geschütze.

Daß die *Neuorganisation* unserer leichten Brigaden *dringlichster* Natur ist, kann niemand in Abrede stellen. Nachdem der Bundesrat die erforderliche Botschaft erlassen hat, sollte ihr die Beschlußfassung der Bundesversammlung auf dem Fuße folgen, damit hernach die erforderlichen Arbeiten unverzüglich an die Hand genommen werden können. Der Generalstabschef hat in seiner Schrift nachgewiesen, daß jede Veränderung organisatorischer Art den Bereitschaftsgrad der Armee eine Zeit lang herabsetzt. Anderseits sagt er, es bestehe *«infolge der militärpolitischen Lage die Notwendigkeit, immer kriegsbereit zu sein»*. Im gleichen Sinn äußerte sich *Bundesrat Kobelt* in seiner Rede am 1. August in Thun:

«Es ist deshalb unerläßlich, daß wir ... *alle Vorbereitungen* treffen, um, wenn es sein muß, unsere Freiheit erneut mit der Waffe in der Hand schützen zu können».

Miles